

September 2025

BWKG-Positionen zur Landtagswahl 2026

Die BWKG hat Positionen und Erwartungen ihrer Mitglieder zur Landtagswahl formuliert. Zunächst werden die gemeinsamen Erwartungen der Einrichtungen vorgestellt und anschließend die spezifischen Erwartungen der Krankenhäuser, Rehabilitationskliniken, Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Eingliederungshilfe.

Gemeinsame Erwartungen der Krankenhäuser, Reha-Kliniken, Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Eingliederungshilfe

Effizienzsteigerung im Gesundheits- und Pflegesystem

Als Folge der demografischen Entwicklung wachsen die Anforderungen an das Gesundheits- und Pflegesystem, während gleichzeitig die Zahl der Fachkräfte sinkt. Die BWKG-Mitglieder setzen sich in ihrer täglichen Arbeit dafür ein, eine gute Versorgung sicherzustellen. Damit das auch in Zukunft gelingen kann, muss die Effizienz weiter gesteigert werden. Würde man es schaffen, die Bürokratiebelastung jedes Beschäftigten im Gesundheitswesen um nur eine Stunde pro Tag zu reduzieren, stünden tausende Stellen zusätzlich für die Patientenversorgung zur Verfügung. Außerdem wäre es deutlich effizienter, wenn die ambulante fachärztliche Versorgung stärker an die Krankenhausstandorte angebunden würde – so, wie es in vielen anderen Ländern der Fall ist. Darüber hinaus ist eine bessere Patientensteuerung erforderlich.

Erwartungen der BWKG-Mitglieder:

- Die Landesregierung setzt sich für einen weiteren Bürokratieabbau ein.
- Die Landesregierung setzt sich für die Abmilderung der doppelten Facharztschiene ein.
- Die Landesregierung setzt sich für eine bessere Steuerung der Patienten ein.

Klimaschutz stärken und auf den Klimawandel reagieren

Gesundheitseinrichtungen sind große Energieverbraucher. Sie könnten viel Energie einsparen und so einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten, wenn sie die hierfür erforderlichen Investitionen tätigen könnten. Zugleich müssen sie sich an die sich verändernden klimatischen Bedingungen anpassen. Die Einrichtungen sind zu Veränderungen bereit, müssen aber in die Lage versetzt werden,

Baumaßnahmen, die der Klimafreundlichkeit (beispielsweise Dämmung, Photovoltaik) oder dem Hitzeschutz (beispielsweise Klimaanlage, Abschattung) dienen, umzusetzen.

Investitionen in den Klimaschutz und zur Klimafolgenanpassung durch gezielte Förderprogramme.

Förderung von Investitionen zur Krisenvorsorge

Die Vorbereitungen auf mögliche Gefahrenlagen haben in den vergangenen Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Das haben die Corona-Pandemie und der Krieg gegen die Ukraine gezeigt. Die BWKG-Mitglieder sind bereit, sich auf neue Herausforderungen einzustellen. Dazu benötigen sie jedoch klar formulierte Krisenszenarien. Sind zusätzliche Investitionen nötig, müssen die entsprechenden Mittel dafür bereitgestellt werden.

Erwartungen der BWKG-Mitglieder:

- Die Landesregierung erarbeitet konkrete Krisenszenarien, auf die sich die Einrichtungen einstellen sollen.
- Die Landesregierung stellt Fördermittel für Investitionen in die Krisensicherheit bereit.

Digitale Infrastruktur im Land stärken

Der Aufbau einer gemeinsamen digitalen Plattform für die Gesundheitseinrichtungen bietet erhebliche Chancen für eine bessere und effizientere Gesundheitsversorgung. Das Projekt MEDI:CUS soll dazu einen wichtigen Beitrag leisten und wird von der BWKG mit Engagement unterstützt.

Erwartungen der BWKG-Mitglieder:

- Die Landesregierung unterstützt und fördert das Projekt MEDI:CUS weiterhin und stellt nach der Modellphase auch den Regelbetrieb sicher.

Gesundheitsprävention stärken

Gesundheitsprävention ist nicht nur eine individuelle Verantwortung, sondern auch eine gesellschaftliche Notwendigkeit, um die Gesundheit der Bevölkerung zu fördern und die Belastung des Gesundheitssystems zu verringern. Die BWKG-Mitglieder sind bereit, sich hier weiterhin zu engagieren.

Erwartungen der BWKG-Mitglieder:

- Die Landesregierung fördert Präventionsprojekte, die sich an die gesamte Bevölkerung richten, um die Gesundheitsversorgung flächendeckend zu verbessern. Dabei werden insbesondere die Angebote der Vorsorge- und Reha-Kliniken berücksichtigt.

Schnelle und unbürokratische Anerkennung ausländischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Ausländische Fachkräfte sind im deutschen Gesundheitswesen von großer Bedeutung. Für sie ist eine schnelle Anerkennung sowie eine bürokratiearme und zügige Erteilung und Verlängerung ihrer Aufenthalts- und Arbeitsberechtigungen wichtig. Ein entscheidender Schritt hierzu ist die neu eingerichtete Landesagentur zur Anerkennung. Sie muss aber zu allen Fragen, die die ausländischen Fachkräfte betreffen, eingeschaltet werden können. Denn es gibt nach wie vor große Probleme bei der Verlängerung von Titeln und beim Wechsel von Arbeitgebern.

Erwartungen der BWKG-Mitglieder:

- Die Landesregierung sorgt dafür, dass die Landesagentur zur Anerkennung in allen Verfahren zur Anerkennung, Aufenthalts- und Arbeitsberechtigung für ausländische Fachkräfte eingeschaltet werden kann.
- Die Landesregierung setzt sich auf Bundesebene für eine zügige Umsetzung der Maßnahmen zur Digitalisierung, Bündelung und Beschleunigung der Verfahren für ausländische Fachkräfte ein.

Fortführung der Finanzierung der regionalen Koordinierungsstellen für die Pflegeausbildung

Die regionalen Koordinierungsstellen sind bei der effektiven Verteilung der knappen praktischen Einsatzstellen in der generalistischen Pflegefachkraftausbildung von großer Bedeutung. Und der Koordinierungsaufwand wird steigen, weil im Rahmen der geplanten Pflegeassistentenausbildung ab 2027 drei Pflichteinsätze zu absolvieren sind. Die Förderung der Koordinierungsstellen im Rahmen des Landeshaushalts endet allerdings im Herbst 2025. Aufgrund der großen Finanzprobleme der Stadt- und Landkreise ist eine Finanzierung ausschließlich aus Kreismitteln oft nicht möglich, was die Fortführung der Koordinierungsstellen bedroht.

Erwartungen der BWKG-Mitglieder:

- Die Landesregierung verlängert die Förderung der regionalen Koordinierungsstellen für die Pflegeausbildung.

Bezahlbarer Wohnraum und Kinderbetreuung für in der Pflege tätige Personen

Vor allem in den größeren Städten können sich viele nichtärztliche Fachkräfte im Gesundheits- und Pflegebereich aufgrund steigender Mieten und hoher Immobilienpreise kaum noch eine eigene Wohnung leisten. Dies belastet die Mitarbeitenden erheblich, führt zu einem zunehmenden Fachkräftemangel und beeinträchtigt somit die Versorgungsqualität. Ein weiterer wichtiger Faktor für die Fachkräfte ist die Verfügbarkeit bezahlbarer Kinderbetreuungsmöglichkeiten, die an die Dienstzeiten der Pflegenden angepasst sind. Nur wenn die Rahmenbedingungen stimmen, ist es möglich, Menschen mit Kindern in der Pflege zu beschäftigen.

Erwartungen der BWKG-Mitglieder:

- Die Landesregierung stellt den Kommunen und Trägern von Gesundheitseinrichtungen Mittel für den Bau und die Förderung von bezahlbarem Wohnraum für Fachkräfte bereit.
- Die Landesregierung fördert die betriebliche Kinderbetreuung.

Landtagswahl 2026 - Erwartungen der Krankenhausträger

Einsatz für eine auskömmliche Betriebskostenfinanzierung

Baden-Württemberg wird immer wieder für seine vorbildliche Krankenhausstruktur gelobt, die die Bevölkerung mit der bundesweit geringsten Anzahl an Krankenhausbetten je 100.000 Einwohner versorgt. Gleichzeitig haben die Kliniken die bundesweit höchsten Defizite. Die Krankenhausträger übernehmen derzeit diese Defizite, um eine gute Versorgung der Menschen im Land zu gewährleisten. Dies ist jedoch nur für einen begrenzten Zeitraum möglich. Ein wesentlicher Grund für die schwierige finanzielle Situation ist, dass das überdurchschnittliche Lohnniveau bei der Krankenhausvergütung nicht berücksichtigt wird. Außerdem wird Baden-Württemberg bei den Auswirkungen von Fallzahlveränderungen benachteiligt, weil das Vergütungsvolumen bei Fallzahlerhöhungen in der Vergangenheit nur anteilig (um ca. 2.600 Euro je Fall) erhöht wurde, während nun bei Fallzahlreduzierungen die volle Vergütung (ca. 4.400 Euro) aus dem Vergütungsvolumen entnommen wird. Darüber hinaus wird die vorbildliche Versorgungsstruktur bei der Vergütung der Krankenhäuser nicht berücksichtigt. Schließlich leiden die Kliniken im Land auch darunter, dass dauerhafte Kostensteigerungen aus den Jahren 2022 bis 2024 nur befristet finanziert wurden.

Erwartungen der BWKG-Mitglieder:

- Die Landesregierung setzt sich dafür ein, dass Baden-Württemberg bei der Finanzierung des Lohnniveaus und der Fallzahlveränderungen nicht weiter benachteiligt wird.
- Die Landesregierung setzt sich dafür ein, dass die vorbildliche Krankenhausstruktur im Land vergütungserhöhend berücksichtigt wird.
- Die Landesregierung setzt sich für eine dauerhafte Finanzierung des ab dem Zeitraum 2022/2024 erhöhten Kostenniveaus ein.

Vollständige Finanzierung der Krankenhausinvestitionen

Das Land ist gesetzlich zur vollständigen Finanzierung der Krankenhausinvestitionen verpflichtet. In der Vergangenheit haben die Krankenhausträger die Fördermittel genutzt, um bundesweit vorbildliche Strukturveränderungen umzusetzen. Allerdings wird in der Praxis häufig nur eine Förderquote von ca. 60 % erreicht. Durch die Erhöhung der Investitionsförderung des Landes stehen für 2026 nun 566 Mio. EUR bereit. Der Bedarf liegt jedoch bei 820 Mio. EUR pro Jahr, sodass weiterhin eine erhebliche Förderlücke von rund 250 Mio. EUR besteht. Gleichzeitig mangelt es bei den Fördertatbeständen an Transparenz.

Erwartungen der BWKG-Mitglieder:

- Die Landesregierung erhöht die Investitionskostenfinanzierung auf den bedarfsnotwendigen Wert von 820 Mio. Euro. Dabei werden sowohl Pauschal- als auch Einzelfördermittel erhöht.
- Die Landesregierung schafft Transparenz über die Fördertatbestände und passt sie an die aktuellen Bedarfe an, so dass sich deutlich erhöhte Förderquoten ergeben.

Modernisierung des Förderrechts

Das Förderrecht muss auf Veränderungen in der Versorgung, technische Veränderungen und neue Herausforderungen reagieren: So müssen die Krankenhäuser immer mehr ambulante Aufgaben

übernehmen, um die Versorgung sicherzustellen. Dabei wird erwartet, dass die Krankenhäuser die hierfür erforderliche Infrastruktur zur Verfügung stellen, ohne dass sie von den Ländern gefördert wird. Gleichzeitig werden im IT-Bereich Daten, die früher auf dem eigenen Server lagen, heute in kostenpflichtigen Clouds gespeichert. Und Programme, die früher erworben wurden und damit Anlagegüter waren, werden heute gegen eine Gebühr in einer Cloud zur Verfügung gestellt („infrastructure as a service“). Schließlich führt die veränderte Weltlage zu Investitionsbedarf zur Krisenvorsorge.

Erwartungen der BWKG-Mitglieder:

- Die Landesregierung modernisiert und erweitert die Fördertatbestände, so dass beispielsweise die Infrastruktur für die zunehmenden ambulanten Leistungen und die „infrastructure as a service“ finanziert werden können.
- Die Landesregierung berücksichtigt die Krisenvorsorge und die dafür erforderlichen Investitionen im Rahmen der Fördertatbestände.

Krankenhausplanung nach der Krankenhausreform

Durch die Krankenhausreform haben sich die Rahmenbedingungen für die Krankenhäuser deutlich verändert. Die Krankenhäuser beteiligen sich aktiv an diesem Umstellungsprozess. Um die Menschen im Land auch in Zukunft flächendeckend mit hochwertigen Krankenhausleistungen versorgen zu können, muss die Krankenhausplanung angepasst werden.

Erwartungen der BWKG-Mitglieder:

- Die Landesregierung etabliert eine versorgungsorientierte Planung.
- Die Landesregierung sorgt für eine zügige und transparente Umsetzung der Leistungsgruppenplanung mit realistischen Zeitplänen.
- Die Landesregierung etabliert vom Sozialministerium geleitete regionale Strukturgespräche mit den Krankenhausträgern und anderen Gesundheitseinrichtungen vor Ort.

Stärkung der ambulanten Versorgung an den Krankenhäusern

Die Krankenhäuser übernehmen immer mehr ambulante Aufgaben, um Versorgungslücken für die Menschen im Land zu verhindern. Beispiele hierfür sind die Notfallversorgung, die Einrichtung von Institutsambulanzen, ambulante Operationen und die Erbringung von Hybrid-Leistungen.

- Die Landesregierung unterstützt die Ambulantisierung an den Krankenhäusern und setzt sich für eine angemessene Finanzierung und unbürokratische Regelungen ein.
- Die Landesregierung sieht die Entscheidung über die Standorte integrierter Notfallzentren (INZ) als Aufgabe des Sozialministeriums an.
- Die Landesregierung fördert die flächendeckende Einrichtung von Institutsambulanzen.